

# Höchststrichter sollen Agrarstreit in Weiler klären

## Weiler zieht vor den Verfassungsgerichtshof. Gemeinden verhandeln weiter für sich.

**WEILER.** (VN-ib, hw) Lange wurden Gespräche geführt, jetzt wird gehandelt: Die Gemeinde Weiler zieht gegen die örtliche Agrargemeinschaft vor den Verfassungsgerichtshof. Auch eine kurzfristig anberaumte Sitzung mit dem Vorstand der Gemeinde und jenem der Agrargemeinschaft am Montagabend konnte die Wogen nicht glätten. Der Dornbirner Anwalt Josef Lercher bringt nun die Beschwerde beim VfGH ein. Dieser soll schließlich die Verteilung der Gemeindegüter klären - eine Vorarlberger Premiere.

Bürgermeister Dietmar Summer hat als einziger der 18 Weiler Gemeindevertreter gegen eine Klage gestimmt. Warum? „Ich versuche, hier als Mediator zu fungieren“, erklärt er, der als Vizeobmann der Agrargemeinschaft in einer Doppelrolle steckt.

Die Gemeindevertreter erwarten sich von dem Urteil eine neue Aufteilung des Gewinns aus Wald und Steinbruch. Es geht laut Summer

um 950.000 Euro an bestehendem Vermögen. Zusätzlich erhalte die Gemeinde rund 20 Prozent der Einnahmen aus dem Steinbruch und rund 30 Prozent aus jenem des Waldvermögens, insgesamt rund 20.000 Euro jährlich.

„Wir sind absolut nicht gegen die Agrargemeinschaft. Aber als Vertreter der Bevölkerung können wir nicht anders entscheiden. Hier geht es rein um die Rechtssicherheit“, sagt der ÖVP-Gemeindevertreter Peter Stöger.

Agrar-Obmann Friedrich Morscher will zum Verfahren noch keine Stellungnahme abgeben. Aber er hofft auf das Zurückziehen der Klage.

Weiler beschreitet nun als erste Vorarlberger Gemeinde den Weg zum Höchstgericht, um zu klären, wem vom Ge-

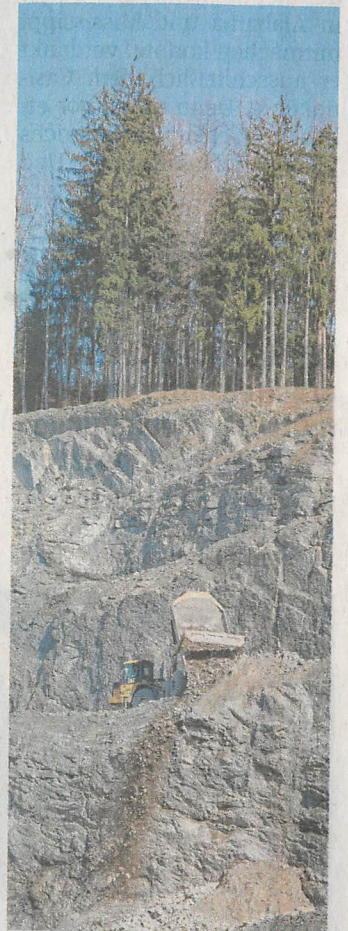
meindegut was gehört. In Tirol hat das bereits 2008 die Gemeinde Mieders getan und einen juristischen Sieg erstritten. Zahlreiche Tiroler Kommunen erwarten sich nun mehr Erträge von den Agrargemeinschaften - und führen erbitterte Rechtsstreits um Grund und Geld.

In Vorarlberg passiert das noch nicht, ausgeschlossen sind weitere juristische Auseinandersetzungen aber nicht. Denn in über einem Dutzend Vorarlberger Gemeinden gibt es unklare Rechtsverhältnisse, etwa in Rankweil, Bürs, Nenzing oder Innerbraz.

**Einheitliche Lösung gewünscht**  
Bisher verhandelt jede Gemeinde für sich. Ein Umstand, den die Bürgermeister von Rankweil, Martin Sum-

mer, und Zwischenwasser, Josef Mathis, kritisierten. Sie richteten im Herbst 2011 eine Petition an den Landtag, in der sie ein Landesgesetz forderten, das das Gemeindegut regelt. Das ist weiterhin nicht geplant. „Allerdings wurde nun zumindest ein Feststellungsverfahren eingeleitet“, findet Summer noch einen positiven Aspekt. „Bisher sagte Landesrat Schwärzler, man soll einfach miteinander reden. Aber reden kann man viel, wenn es nachher rechtlich nicht einwandfrei ist.“

Rückendeckung bekommt Summer vom Bürser SPÖ-Bürgermeisterkollegen Helmut Zimmermann: „Man wirft den Gemeinden den Ball zu und schaut, was passiert. Ein Landesgesetz wäre der beste Weg.“ Auch Bürgermeister Dietmar Summer in Weiler sieht es so: „Es würde das Ganze wesentlich erleichtern.“ Agrarlandesrat Erich Schwärzler bleibt weiter dabei: „Tirol hat das Landesgesetz geändert, das hat wenig Antworten gebracht.“ Er begrüße aber den Gang zum VfGH: „Es tut uns allen gut, wenn es Rechtssicherheit gibt.“



Der Steinbruch in Weiler ist eine lukrative Einnahmequelle für die Agrargemeinschaft. Die Gemeinde will nun einen größeren Anteil. VN

VN 14. 3. 2012